



**Mit Militanz zur Errichtung einer
„herrschaftsfreien Gesellschaft“ -
Einblicke in die autonome Bewegung**



Impressum

Herausgeber:

Landesamt für Verfassungsschutz Hessen

Konrad-Adenauer-Ring 49

65187 Wiesbaden

Stand:

April 2016

Internet:

<http://www.verfassungsschutz.hessen.de>

E-Mail: praevention@lfv.hessen.de

In der medialen Berichterstattung werden Autonome zumeist als schwarz verummte „Chaoten“ dargestellt, die – etwa bei Protesten gegen internationale Gipfeltreffen – vermeintlich wahllose Gewalt ausüben. In der Tat ist „Militanz“ ein zentraler Aspekt des vielschichtigen Phänomens „Autonome“. Doch stellt sie lediglich einen Teil des ganzen Bildes dar, denn Autonome sind nicht nur einfache Gewalttäter, sondern zuallererst politische Extremisten. Sie haben – bei aller ideologischen Zerrissenheit der Szene – ein klares gemeinsames Ziel: Die Zerstörung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Ursprünge und Merkmale der autonomen Szene

Die autonome Bewegung wurzelt in den europaweiten Studentenprotesten der späten 1960er und 1970er Jahre. In dieser Zeit ist auch die Selbstbezeichnung „Autonome“ entstanden. Dabei gab es schon früh militante Teile der Bewegung. So ging in Italien die „Autonomia Operaia“ („Arbeiterautonomie“) im Rahmen von Demonstrationen gewaltsam gegen Polizisten vor und führte Sabotageaktionen in Fabriken durch. Von Gewerkschaften und



traditionellen Parteien grenzte sich die Bewegung ab. Sie wollte „autonom“ – also selbstbestimmt – für ihr politisches Ziel einer grundlegend anderen Gesellschaftsordnung kämpfen. Auf eine straffe Organisation und Führung verzichtete sie dabei bewusst. Das über allem stehende Prinzip war die Selbstbestimmtheit. Solche Erfahrungen fanden ihren Niederschlag im Selbstverständnis der deutschen Autonomen.

In Deutschland sind Autonome seit etwa 1980 als breite eigenständige Bewegung auszumachen. Sie waren zunächst vor allem in der Friedens- und der Anti-Atomkraftbewegung sowie bei Hausbesetzungen aktiv. Mit der Zeit erschlossen sie sich weitere Aktionsfelder. Traditionell liegt ihr Schwerpunkt im Bereich des „Kampfes gegen Rechts“ („Antifaschismus“).



Autonome stehen starren Organisationsstrukturen ablehnend gegenüber. Sie betonen ihre Selbstbestimmtheit und organisieren sich daher überwiegend nur in lockeren Gruppen: Diese bestehen oft kurzzeitig und lösen sich dann

auf. Mittlerweile gibt es auch gewissermaßen etablierte, über lange Zeit aktive Gruppierungen, die i. d. R. Bündnis- oder Vernetzungsaufgaben übernehmen.

Die Verweildauer der Aktivisten in der Szene beträgt meist nur wenige Jahre. Mit spätestens 30 Jahren stellen viele Autonome ihre Aktivitäten in und für die Szene ein. Allerdings gibt es Ausnahmen: So spielen sogenannte „Alt-Autonome“, die zum Teil das fünfzigste Lebensjahr schon überschritten haben, eine wichtige Rolle in der Szene. Sie geben ihre Erfahrungen an jüngere Aktivisten weiter und steuern diese – auch bei Veranstaltungen – aus dem Hintergrund.

Die Tatsache, dass viele Gruppierungen lediglich temporär bestehen, ist zudem der ideologischen Heterogenität der Szene geschuldet. Hier gibt es eine Vielfalt ideologischer Ausrichtungen: Neben verschiedenen, zum Teil diffusen kommunistischen Ansätzen existieren auch anarchistische Deutungsmuster, vor allem aber vorrangig negativ abgegrenzte Freiheitsziele (keine Einflussnahme staatlicher Institutionen / öffentlicher Stellen / auf den Einzelnen und die Gesellschaft). Unabhängig von allen ideologischen Differenzen ist die Überwindung des „kapitalistischen Systems“ die gemeinsame Zielsetzung aller Autonomen. Sie bekämpfen unsere

freiheitliche demokratische Grundordnung, um stattdessen eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ zu errichten.

Gewalt als „Akt der Selbstbefreiung“

Autonome lehnen das staatliche Gewaltmonopol ab und empfinden eigene Gewaltanwendung („Militanz“) zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele als legitim. Autonome „Militanz“ kann dabei unterschiedliche Formen annehmen.



Zum einen tritt sie in Form von „Massenmilitanz“ im Rahmen von Demonstrationen auf. Hier gehen Autonome - tatsächlich häufig schwarz gekleidet und verumumt in einem sogenannten „schwarzen Block“ - gewalt- sam gegen Rechts- extremisten oder Polizisten vor. Häufig kommt es zu Würfeln von Steinen, Feuerwerkskörpern oder gar Brand- sätzen. Das Auftreten im einheitlich gekleideten und häu- fig in Reihen formierten, durch Banner begrenzten und

geschützten „schwarzen Block“ soll dabei die Identitätsfeststellung und damit die Strafverfolgung erschweren.

Zum anderen leben Autonome ihre „Militanz“ im Rahmen von Kleingruppenaktionen aus. Diese sind konspirativ und in der Regel wesentlich planvoller angelegt als militante „Massenaktionen“. Auch weisen sie ein höheres Maß an krimineller Energie auf. Im Rahmen dieser Kleingruppenaktionen werden beispielsweise „Luxuskarossen“ angezündet, die Immobilien von Repräsentanten und Einrichtungen des Staates mit Farbe beschmiert oder Rechtsextremisten an ihren Wohnorten aufgesucht und angegriffen. Besonders betroffen sind Polizisten als sichtbarste Vertreter des „repressiven“ Staates bzw. als optisch erkennbarster Widerspruch zu individueller Freiheit und gesellschaftlicher Vielfalt.

Gewalt wird von Autonomen nicht allein als „Mittel zum Zweck“, sondern auch als Akt der individuellen Selbstbefreiung und Selbstbestätigung empfunden. Die seit Jahren in der Szene geführte „Militanzdebatte“ beschäftigt sich daher auch nicht mit der Legitimität von Gewaltanwendung an sich. Allenfalls wird die Frage kontrovers diskutiert, ob sich die Gewalt nur gegen Sachen oder auch gegen Menschen richten darf.

AUTONOME AKTIONSFELDER

„Antifaschismus“

Das Hauptaktionsfeld von Autonomen ist der „Antifaschismus“. Hierunter verstehen sie allerdings nicht nur die konsequente Ablehnung von „faschistischen“ Bestrebungen. Vielmehr setzen Autonome den „Kampf gegen Rechts“ mit dem „Kampf gegen das Ganze“, das heißt gegen den demokratischen Rechtsstaat gleich.



Ursache und Wurzel des „Faschismus“, so die Auffassung von Autonomen, sei der Kapitalismus und die von ihm geprägte Staatsform, der Demokratie, die die Macht der Kapitalisten sicherte. In letzter Konsequenz bedeutet

dieses für Autonome, dass der „Faschismus“ nur dann erfolgreich bekämpft werden kann, wenn seine angebliche Ursache, die „kapitalistische“ Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, beseitigt wird.

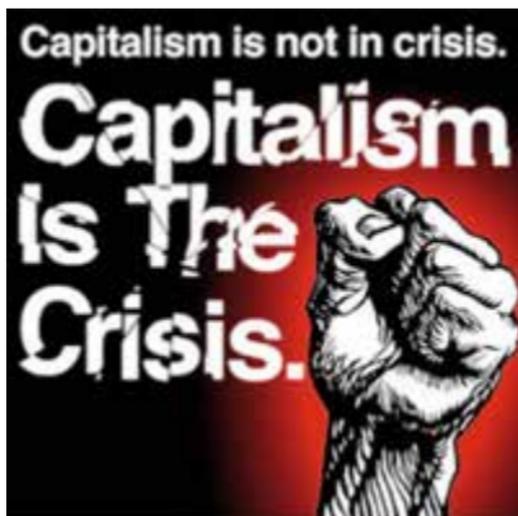
Für Autonome liegt die Attraktivität der Thematik „Antifaschismus“ in verschiedenen Aspekten begründet: Erstens stellt der „antifaschistische Kampf“ innerhalb der linksextremistischen Szene eine dauerhafte Basis gemeinsamen Handelns dar.

Zweitens nutzen Autonome bei ihren „antifaschistischen“ Aktivitäten die Tatsache, dass zentrale Elemente rechts-extremistischer Ideologie – Nationalismus und Rassismus – im überwiegenden Teil der Bevölkerung keine Akzeptanz finden. Dadurch erreichen „antifaschistisch“ ausgerichtete Proteste ein weit über die linksextremistische Szene hinausgehendes Mobilisierungspotenzial. Dies eröffnet Autonomen auch die Möglichkeit, Jugendliche, die an „antifaschistischen“ Demonstrationen oder Aktionen teilnehmen, für ein politisches Engagement zu gewinnen, sie mittelfristig für extremistische Ziele zu begeistern und schließlich in die autonome Szene einzubinden.



Drittens können Autonome ihr eigentliches extremistisches Ziel den „Kampf gegen das Ganze“, also den demokratischen Rechtsstaat, bei „antifaschistischen“ Veranstaltungen sehr anschaulich und einprägsam für nichtextremistische Teilnehmer vermitteln. Die Argumentation von Autonomen, der „Faschismus“ werde von den staatlichen Organen toleriert oder gar unterstützt, da er die Macht des Kapitals sichere, wird durch die Einsätze der Polizei zur Durchsetzung des Demonstrationsrechts von Rechtsextremisten scheinbar untermauert. Eben diesen Eindruck versuchen Autonome – etwa durch entsprechende Parolen („Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“) – zu verstärken.

Autonome suchen nicht nur bei Demonstrationen die direkte Konfrontation mit Rechtsextremisten. Immer wieder kommt es zu so genannten „Home-Visits“, bei denen etwa Wohnobjekte oder Autos von Rechtsextremisten beschädigt werden. Auch „Outing“-Aktionen gehören zum Repertoire der Szene. Hierzu führen Autonome umfangreiche Recherchen zu Rechtsextremisten durch und „outen“ diese dann - im Internet, durch Farbschmierereien oder mittels Flugblättern - als „Nazis“. So sollen Nachbarn, Vermieter, Arbeitgeber oder Kollegen der Rechtsextremisten vor diesen „gewarnt“ und die Rechtsextremisten isoliert werden.



„Antikapitalismus“

Antikapitalismus ist das Kern-Themenfeld der autonomen Szene, des linksextremistischen Spektrums überhaupt. Getreu der marxistischen Analyse ist die Wirtschaft das bestimmende Element menschlichen Daseins und bestimmt alle anderen Lebensbereiche. Linksextremisten identifizieren auf dieser Basis die freiheitliche demokratische Grundordnung mit dem Kapitalismus und bekämpfen diese unter Missbrauch sozialer Themen. Solche Einflüsse waren zuletzt u.a. im Rahmen der Blockupy-Aktionstage sichtbar.

„Antirepression“

Ein weiterer Themenschwerpunkt innerhalb der autonomen Szene ist seit jeher der Kampf gegen „staatliche Repression“. Autonomen zufolge wende der „kapitalistische“ Staat zum Zweck seiner Selbsterhaltung physische, psychische und strukturelle Gewalt gegen alle Bewegungen an, die für eine „befreite Gesellschaft“ eintreten.

Dabei äußert sich die „repressive Politik“ aus autonomer Sicht in erster Linie durch die Arbeit der staatlichen „Repressionsorgane“, insbesondere der Polizei. Daher richten sich gewalttätige Aktionen autonomer im Themenfeld „Antirepression“ überwiegend gegen Polizeibeamte, deren Fahrzeuge oder Einrichtungen der Polizei.

Bei vielen solcher Angriffen handelt es sich nicht um zufällige oder spontane Taten. Ganz im Gegenteil wird die Konfrontation mit dem Staat und seinem „Repressionsapparat“ auch bewusst gesucht. Anlässe sind insbesondere die Räumung von autonomen Szeneobjekten, aus Sicht der Szene relevante Jahrestage, anlassbezogene Solidaritätsaktionen oder polizeiliches Handeln bei Demonstrationen. Hier wird insbesondere der aus links-extremistischer Sicht „unzulässige“ Schutz „faschistischer Aufmärsche“ als Rechtfertigung für Gewaltaktionen gegen Polizisten angeführt.



„Selbstverwaltete Freiräume“

Die Etablierung und Bewahrung selbstverwalteter autonomer Zentren, oft in besetzten Häusern, sind für die autonome Szene von herausragender Bedeutung. Die Zentren bzw. ihnen angeschlossene „Infoläden“ spielen für Autonome eine wichtige Rolle: Hier finden Gruppentreffen und Vorträge, aber auch Mobilisierungsveranstaltungen vor Demonstrationen statt. Da die Zentren meist von einer Vielzahl an Gruppen und Einzelpersonen frequentiert werden, sind sie zudem ein Ort der Vernetzung der Szene.



„Infoläden“ stellen den meist nur locker organisierten autonomen Gruppen eine Infrastruktur für deren politische Arbeit zur Verfügung. Hier können benötigte Informationen aus Archiven beschafft werden und es gibt umfangreiche Büroausrüstung. „Infoläden“ dienen außerdem häufig als Postadressen für konspirativ agierende Gruppen.

Die Räumung besetzter Häuser durch die Polizei und der damit einhergehende Verlust von „Freiräumen“ führen häufig zu massiven Protesten der Szene. Dabei kommt es bisweilen gar zu regelrechten Rachefeldzügen, bei denen auch auf gewaltsame Aktionsformen zurückgegriffen wird.

„Anti-Gentrifizierung“

Den Kampf für selbstverwaltete Freiräume verknüpfen Autonome häufig mit dem Aktionsfeld „Anti-Gentrifizierung“. Als Gentrifizierung wird die durch Renovierung / Sanierung bedingte Aufwertung von Stadtvierteln bezeichnet, die oft zu steigenden Mietpreisen und damit zur Verdrängung sozial bzw. finanziell schwächer Gestellter führt.



Diese Veränderung der sozialen Zusammensetzung in den Vierteln stellt für Autonome einen Versuch dar, nach und nach beinahe alle Lebensbereiche nach den Kriterien ökonomischer Kosten-Nutzen-Kalküle auszurichten. Somit stehe die Gentrifizierung aus ihrer

Sicht beispielhaft für die verschiedenen Herrschafts- und Ausgrenzungsmechanismen der kapitalistischen Gesellschaft entlang von Trennlinien wie „Klasse“, „Rasse“ oder „Geschlecht“. Insofern agieren Autonome bei ihrem Engagement gegen Gentrifizierung nicht zum Schutz sozial Schwacher, sondern haben vielmehr die Abschaffung des „Systems“ im Blick.

„Antirassismus“

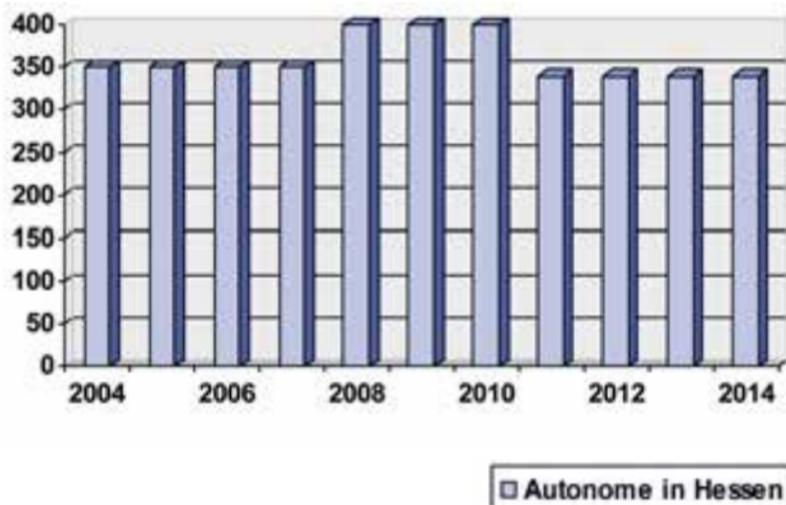
Ein weiteres Aktionsfeld Autonomer ist der „Antirassismus“. Autonome werfen dem Staat und seinen Vertretern vor, im Rahmen einer von „staatlichem Rassismus“ geprägten Asyl- und Ausländerpolitik die Rechte der in Deutschland lebenden Ausländer zu missachten.



Ausländer - so der Vorwurf der Szene - würden in Deutschland als „wirtschaftlich nicht verwertbare Ware“ angesehen und deshalb kriminalisiert, in Abschiebegefängnisse gesperrt und abgeschoben. Eben hiergegen gehen Autonome vor, etwa indem sie „politisch Verantwortliche“ öffentlich anprangern, sie durch Sachbeschädigungen an deren Wohnhäusern unter Druck setzen oder durch antirassistische Demonstrationen an symbolträchtigen Orten (z.B. Flughafen Frankfurt/Main oder Abschiebegefängnisse) öffentlich thematisieren.

AUTONOME IN HESSEN

In Hessen sind derzeit (Stand Anfang 2015) rund 340 Personen der autonomen Szene zuzurechnen. Bundesweit zählt die Szene etwa 6.100 Personen.



Der eindeutige Szeneschwerpunkt in Hessen ist Frankfurt am Main. Ein gutes Drittel der hessischen Autonomen - etwa 120 Personen - ist hier zuhause. Viele weitere Aktivisten leben im Umland der Stadt. Damit gehört Frankfurt am Main im bundesweiten Vergleich zu den Metropolregionen mit den stärksten autonomen Szenen. In qualitativer Hinsicht unterscheidet sich die Frankfurter



Stand 2015

Szene von den anderen Szenen in Hessen. Denn ihr „harter Kern“ gilt als sehr gewaltbereit, ideologisch ausgesprochen gefestigt und bundesweit gut vernetzt.

In den vergangenen Jahren kam es immer wieder zu gewaltsamen Aktionen insbesondere der Frankfurter Szene. Autonome griffen vor, während oder nach Demonstrationen Polizisten an. Sie lauerten (vermeintlichen) Rechtsextremisten auf und schlugen diese brutal zusammen. Insgesamt liegt die Zahl der autonomen

Gewalttaten in Frankfurt am Main allerdings weit unter derjenigen in den bundesweiten Szeneschwerpunkten Berlin, Hamburg und Leipzig. Dennoch geht von Frankfurter Autonomen eine hohe Gefahr aus, da sie innerhalb der autonomen Szene sowohl in Hessen als auch bundesweit gut vernetzt sind. Ferner zeigen sie innerhalb einer großen Themenvielfalt ihre Handlungsfähigkeit.

Weitere beachtenswerte regionale Szenen gibt es in den Universitätsstädten Gießen, Marburg und Kassel. Kleinere autonome Gruppierungen sind aktiv u.a. in Darmstadt, Offenbach, Hanau und Groß-Gerau. Viele dieser kleineren Szenen orientieren sich ideologisch sowie hinsichtlich ihrer Aktionsfelder und -formen an der Frankfurter Szene. Diese wiederum unterstützt kleinere Szenen bei deren Demonstrationen, Kampagnen und Aktionen.

Literatur

Baron, Udo (2010): „Fight the system. Fuck the law!“ - Autonome in Bewegung.

In: Deutschland Archiv - Zeitschrift für das vereinte Deutschland. Ausgabe 2/2010, S. 197-203

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport (2008, 2009, 2011, 2012, 2013, 2014): Verfassungsschutz in Hessen - Bericht 2008, 2009, Bericht 2011 bis Bericht 2014

Pfahl-Traugber, Armin (2008): Die Autonomen zwischen Anarchie und Bewegung, Gewaltfixiertheit und Lebensgefühl. Zu den Besonderheiten einer linksextremistischen Subkultur. Internetseite der Bundeszentrale für politische Bildung (<http://www.bpb.de>)

Stand: 2016

Quellenverzeichnis Bilder

S.4, <https://linksunten.indymedia.org/de/node/99991>

S. 6, <http://protest-muenchen.sub-bavaria.de/artikel/854>

S. 8, <http://www.autonomes-zentrum.org/ai/texte/autonomehistory.htm>

S.10, <http://media.de.indymedia.org/images/2010/04/279108.jpg>

S.11, <http://de.indymedia.org/2012/08/334291.shtml>

S.12, <http://antifabamberg.wordpress.com/2012/12/20/antikapitalistische-demo-und-soliparty-am-21-12-in-augsburg/>

S.14, <http://aaza.blogspot.de/2012/04/>

S.15, <http://resistancepforzheim.blogspot.de/>

S.16, <http://wirbleibenalle.org/?p=616>

S.18, <https://linksunten.indymedia.org/de/node/101960>

S.19, Darstellung LfV Hessen

Hinweis:

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinarbeit des Herausgebers zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist.

Den Parteien ist es gestattet, die Druckschriften zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

© Landesamt für Verfassungsschutz Hessen

HESEN



Landesamt für Verfassungsschutz Hessen

Konrad-Adenauer-Ring 49

65187 Wiesbaden

www.verfassungsschutz.hessen.de

